



IG2e

Interessengemeinschaft
für Erneuerbare Energien
in Südwestfalen

Pro Umwelt – Pro Klima – Pro Natur

Pressemitteilung

Landesregierung bremst Klimaschutz aus

Dramatische Auswirkungen durch neue Abstandsregelung

Ense – Januar 2021. Die NRW-Regierung will die Abstandsregelung für Windkraftanlagen unter dem Deckmantel der Bürgerakzeptanz auf 1000 Meter für Neuanlagen und 720 Meter für den Tausch älterer Anlagen festlegen. Welche massiven Auswirkungen drohen würden, zeigt eine Berechnung aus Ense: Von 34 Anlagen würden hier gerade mal drei Standorte übrigbleiben. Insgesamt würden im Kreis Soest 125 Standorte wegfallen. Nach Bekanntgabe des Entwurfs läuft die Zeit davon: Die Einspruchsfrist zum Gesetzentwurf endet schon am 1. Februar.

Landesregierung blockiert Windkraft

Was sich zunächst als bürgernaher Gesetzentwurf zur Akzeptanz von Windkraft anhört, entpuppt sich bei genauem Hinsehen als Rolle rückwärts im Kampf gegen den Klimawandel. Denn nicht nur der Neubau von Anlagen wäre betroffen, sondern auch das Repowering, also der Tausch älterer Anlagen gegen leistungsfähigere Modelle in geringerer Anzahl.

Massive Auswirkungen befürchtet

„Die Folgen des Gesetzes wären nicht nur in Ense, sondern für ganz NRW katastrophal. Alleine im Kreis Soest würden gut 110 Windenergieanlagen wegfallen und könnten nicht repowert werden – hochgerechnet entgingen dem Bundesland über 4.000 GWh Strom jährlich“, so Andreas Düser, Gründungsmitglied der Interessengemeinschaft für Erneuerbare Energien in Südwestfalen (IG2e). Auch dass die Regelung schon für Kleinstsiedlungen ab 10 Häusern gelten soll, macht neue Projekte nahezu unmöglich.

Bürgerakzeptanz als Vorwand

Laut Landesregierung soll das neue Gesetz die Akzeptanz von Windkraftanlagen innerhalb der Bevölkerung steigern. Dass diese eher durch andere Maßnahmen



IG2e

Interessengemeinschaft
für Erneuerbare Energien
in Südwestfalen

Pro Umwelt – Pro Klima – Pro Natur

gefördert werden kann, zeigt eine Befragung des Landesverbands für Erneuerbare Energien (LEE NRW) aus dem letzten Sommer: Vor allem eine Bürgerbeteiligung in Form von vergünstigten Strompreisen beeinflusst die Einstellung zur Windkraft positiv.

Einspruchsfrist endet am 1. Februar

Energie- und Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart, FDP, will in NRW einen Zubau von 10,5 Gigawatt im Bereich Windenergie möglich machen. Wie das vereinbar mit dem neuen Gesetz sein soll, ist Klimaschützern schleierhaft. „Unsere Hoffnung ist noch möglichst viele Menschen zu motivieren, Einspruch gegen den Gesetzesentwurf einzulegen“, so Düser. Das könnte die Verabschiedung des neuen Gesetzes noch in letzter Sekunde verhindern und helfen, die Klimaziele zu erreichen. Die Frist endet am 1. Februar 2021.

Text 2.361 Zeichen inkl. Leerzeichen

Ihre Ansprechpartnerin für Rückfragen:

Dunja Berens

E-Mail: info@ig2e-suedwestfalen.de

Mobil: 0177-3076968

Interessengemeinschaft IG2e:

Die neu gegründete Interessengemeinschaft Erneuerbare Energien in Südwestfalen (IG2e) will sich für Projekte im Bereich des Klimaschutzes einsetzen. Die Gründungsmitglieder Andreas Düser und Christian Schlösser möchten mit IG2e einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz leisten und die Bevölkerung zum Thema Erneuerbare Energien in Südwestfalen informieren.